

2 Die Entstehung des Sozialstaats im Kontext von Staats- und Nationenbildung

Der Begriff *Sozialpolitik* bezeichnet die Interventionen des Staates in die „sozialen Verhältnisse“, das heißt in die „Lebensverhältnisse natürlicher Personen in der Perspektive ihrer Teilhabe an den unter bestimmten historischen Bedingungen gegebenen gesellschaftlichen Möglichkeiten“ (Kaufmann 2009: 78). Wenngleich seit Anfang der 1990er-Jahre eine weite Auslegung des Begriffs an Bedeutung gewonnen hat, die auch andere Instanzen der Wohlfahrtsproduktion wie Markt, Familie und Verbände einbezieht (vgl. Köppe/Starke/Leibfried 2011), bleibt der Begriff weiterhin überwiegend auf staatliche Interventionen bezogen. Als Sozialpolitik eines Staates bezeichnet man daher die Gesamtheit sozialpolitischer Gesetze, Programme und Institutionen, die in systematischen Darstellungen vom Arbeitnehmerschutz bis zur Wohnungs- und Vermögenspolitik reichen (vgl. Lampert/Althammer 2007). Ziel einer staatlichen Sozialpolitik ist es, über finanzielle Leistungen oder über rechtliche Regulierungen Veränderungen zu erzeugen (vgl. Ullrich 2005: 17f.).

Ein Kernbereich staatlicher Sozialpolitik ist das *System der sozialen Sicherung*. Darunter versteht man „Einrichtungen und Maßnahmen zugunsten privater Haushalte/Personen/Familien zur Vermeidung oder Bewältigung von Einkommensausfall und/oder zusätzlichen (in der Höhe nicht als zumutbar angesehenen) finanziellen Belastungen, die im Zusammenhang mit ‚sozialen Tatbeständen‘ stehen“ (Schmähl 2012: 164). „Soziale Tatbestände“ sind Lebenslagen, die für Individuen von Bedeutung sind und gleichzeitig als gesellschaftlich wichtig erachtet werden und daher zu politischen Maßnahmen Anlass geben. Dies sind heute „typische Lebens- und Arbeitsweltrisiken“ (Schaper/Neumann 2008: 157) wie Alter, Arbeitslosigkeit, Erwerbsunfähigkeit, Krankheit, Pflegebedürftigkeit und Unfall.

Der Begriff des *Wohlfahrtsstaats* nimmt Bezug auf einen Staat, „der Sozialpolitik als seine Aufgabe anerkennt und sie in größerem Umfang und für weite Teile der Bevölkerung wahrnimmt“ (Ullrich 2005: 19). Ebenso wie der im

deutschsprachigen Raum übliche Terminus des *Sozialstaats* verweist der Begriff des Wohlfahrtsstaats damit auf die gesellschaftliche Bedeutung von Sozialpolitik.¹ Er bezeichnet eine bestimmte Form der sozialen Ordnung, nämlich die „*politische Verfassung von Gesellschaften des privatkapitalistisch gesteuerten Modernisierungstyps, die die Folgeprobleme ihrer Modernisierung auf der Individualebene mit Hilfe der Einräumung von sozialen Rechten und der Schaffung bzw. Förderung von Einrichtungen zur Gewährleistung dieser Rechte zu lösen versuchen*“ (Kaufmann 2009: 234; Hervorhebung i.O.).

Wohlfahrtsstaaten in diesem umfassenden Sinn sind eine Erscheinung der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, als sozialpolitische Programme immer mehr Lebensbereiche und immer weitere Teile der Bevölkerung umfassten. Die Entstehung der europäischen Wohlfahrtsstaaten reicht allerdings zu den ersten staatlichen Interventionen im Bereich des Sozialen in Reaktion auf die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbrüche des 19. Jahrhunderts zurück. Eine Arbeiterschutzgesetzgebung einerseits, der Aufbau eines Systems der sozialen Sicherung andererseits waren die beiden Säulen dieser frühen staatlichen Sozialpolitik.

Die entsprechenden Gesetze, Programme und Einrichtungen erfassten in der Regel zunächst einen kleinen Teil der Bevölkerung, wobei Ausmaß der Schutzbestimmungen und Umfang der Leistungen gering waren. Nichtsdestotrotz kommt diesen ersten Maßnahmen staatlicher Sozialpolitik eine zentrale Bedeutung in der Geschichte des Wohlfahrtsstaats zu, da hier zum ersten Mal in größerem Umfang eine staatliche Pflicht zur Daseinsvorsorge anerkannt und in entsprechende rechtliche Bestimmungen umgesetzt wurde. Dabei wurde dem Staat die alleinige Lösungskompetenz für bestimmte soziale Problemlagen zugeschrieben (Köppe et al. 2011: 1486) und so der Grundstein für eine *staatliche* Sozialpolitik gelegt. Ein kurzer Abriss des Übergangs von den Frühformen sozialer Sicherung zur Konstitution einer staatlichen Sozialpolitik soll dies im Folgenden verdeutlichen.

1 In deutschsprachigen Veröffentlichungen wird manchmal auf einen je eigenen Bedeutungsgehalt der Begriffe *Sozialstaat* und *Wohlfahrtsstaat* verwiesen (vgl. z.B. Ritter 2010: 4–14). In dieser Arbeit werden jedoch der im deutschen Sprachraum verbreitete Begriff des *Sozialstaats* und der aus dem Englischen übersetzte Begriff des *Wohlfahrtsstaats* (vgl. Kaufmann 2009: 230) synonym verwendet.

2.1 Von den Frühformen sozialer Sicherung zur Konstitution staatlicher Sozialpolitik

In der mittelalterlichen Gesellschaft waren familiäre Zusammenhänge die zentralen Instanzen der Gewährleistung sozialer Sicherheit. Innerhalb der Lebens- und Arbeitsgemeinschaften der bäuerlichen Hauswirtschaft und des Handwerkerhaushalts sorgten die produzierenden Mitglieder für die nicht am Produktionsprozess Beteiligten. Darüber hinaus bestanden zusätzliche, an das Arbeitsverhältnis geknüpfte Sicherungsmechanismen, insbesondere Schutzverpflichtungen des Grundherrn gegenüber den von ihm Abhängigen sowie genossenschaftliche Organisationen in Handwerk und Kleingewerbe.

Trotz dieser rudimentären Form der sozialen Sicherung war Armut im Mittelalter ein allgegenwärtiges Phänomen (vgl. Fischer 1982: 10-32). Arme und Bettler waren Teil der mittelalterlichen Gesellschaft. Als ebenso selbstverständlich wie die Existenz von Armut galt dabei zugleich die Unterstützung Armer durch kirchliche und private Fürsorgeinstitutionen. Almosen und Hospitäler waren daher weitere zentrale Instanzen der Wohlfahrtsproduktion. Schätzungen zufolge waren im Spätmittelalter in oberdeutschen Städten ungefähr 10 bis 20 Prozent der ortsansässigen Bevölkerung auf Almosen und Fürsorgeeinrichtungen angewiesen (Ritter 2010: 31). Die von kirchlichen Einrichtungen vergebenen Almosen wurden meist aus Spenden wohlhabender Bürger finanziert. Ihre Vergabe war religiös motiviert und richtete sich daher weniger nach dem konkreten Bedarf als vielmehr nach bestimmten Anlässen, etwa kirchlichen Feiertagen (Sachße/Tennstedt 1980: 29). Hospitäler gewährten durchreisenden Armen vorübergehend Unterkunft und versorgten häufig darüber hinaus eine begrenzte Anzahl einheimischer Armer dauerhaft. Weiterhin nahmen sie sogenannte Pfründner auf, die als Gegenleistung für den Unterhalt bei Krankheit und im Alter ihr Vermögen in die Stiftung einbrachten. Die Gründung von Hospitälern ging auf kirchliche Initiativen zurück, seit dem Hochmittelalter wurden sie jedoch auch von weltlichen Obrigkeiten betrieben.

Infolge von Bevölkerungsverschiebungen, Landflucht und neuen Formen der Arbeitsteilung waren seit dem späten Mittelalter immer größere Gruppen der Bevölkerung – etwa als Tagelöhner, Heimarbeiter oder Söldner – nicht mehr in die traditionellen Sicherungsformen des Familien- und Gemeindeverbandes, der Grundherrschaft und der Zünfte eingebunden (Ritter 2010: 33). In zeitgenössischen Darstellungen ist von herumziehenden Bettlerscharen die

Rede, von denen besonders größere Städte betroffen waren. Diese begannen sich für eigene Zuständigkeiten und restriktive Bestimmungen in der Armenfürsorge einzusetzen. An den aus der Frühen Neuzeit stammenden städtischen Bettel-, Armen- und Almosenordnungen lassen sich diese Veränderungen ablesen. Sie enthielten in der Regel zunächst eine Reglementierung, später ein generelles Verbot des Bettelns. Im Gegenzug führten sie kommunale Unterstützungsleistungen für Bedürftige ein, die bestimmte Voraussetzungen bezüglich der Arbeitsfähigkeit, der familiären Situation und des Einkommens erfüllten. Die von Städten und Gemeinden organisierte Armenfürsorge stellte damit die erste Form einer *öffentlichen* Zuständigkeit für die Versorgung Bedürftiger dar. Verbunden waren damit gleichzeitig Kontrollmaßnahmen und Vorschriften für Verhaltensregeln. (Vgl. Sachße/Tennstedt 1980: 30-80)

Armut wurde somit in der Frühen Neuzeit nicht mehr als Schicksal, sondern auch als Konsequenz von Müßiggang, Verschwendung oder mangelnder individueller Vorsorge betrachtet. Je nachdem, ob die Armut als verschuldet oder als unverschuldet angesehen wurde, unterschied man nun zwischen „würdigen“ und „unwürdigen“ Armen. Unterstützungsleistungen sollten lediglich unverschuldet in Not geratene Personen erhalten, während „unwürdige“ Arme stattdessen zur Arbeit angehalten wurden, um die Armut zu überwinden.

Nachdem bereits im 17. und 18. Jahrhundert das Aufkommen von Heimindustrie und Manufaktur zu ersten „Auflösungstendenzen der traditionellen Lebens- und Gemeinschaftsformen“ (Sachße/Tennstedt 1980: 98) geführt hatte, setzte in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts in England und später auch im übrigen westlichen Europa ein Prozess tiefgreifender wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Veränderungen ein. Im Zuge der Industriellen Revolution nahm die Bedeutung der Landwirtschaft ab, während die gewerbliche und die industrielle Produktion mit der Einführung und Verbreitung der maschinellen Produktionsweise einen Aufschwung erfuhren. In diesem Transformationsprozess von der bäuerlich-handwerklich geprägten zur industriellen Gesellschaft veränderten sich Lebens- und Arbeitsweisen. Feudale Abhängigkeiten und zünftische Bindungen wurden aufgelöst und Binnenwanderungsprozesse vom Land in die Industriezentren setzten ein, die zu einer zunehmenden Verstädterung führten. Die Beschleunigung von Kommunikation, Transport und Verkehr verstärkte diese Prozesse zusätzlich.

Mit der allmählichen Durchsetzung marktwirtschaftlicher Strukturen veränderte sich der Charakter der Arbeit. Bedingung der Entstehung eines

Arbeitsmarktes war die Loslösung der Arbeit von ihrer Einbettung in das Zunftwesen. Arbeit wurde ebenso wie die Produktionsfaktoren Boden und Kapital als „Ware“ auf dem Markt gehandelt. Doch stellten Arbeit, Boden und Kapital dabei „fiktive Waren“ dar, da sie im Unterschied zu typischen Waren nicht für den Verkauf auf dem Markt produziert wurden (vgl. Polanyi 1978 [1944]: 102-112). Zudem war die fiktive Ware Arbeit nicht von ihrem Träger, dem Arbeitenden, zu trennen. Die mit der Warenförmigkeit der Arbeit in Zusammenhang stehenden Veränderungen hatten daher unmittelbare Auswirkungen auf die Lebensformen der Arbeitenden (vgl. Vobruba 1989: 17-41). Arbeitskräfte wurden „nicht nur als ökonomische Ressource, sondern auch als Personen, also existentiell, in das kapitalistische, ökonomische System involviert (Vobruba 2009: 96).

Eine der entscheidenden Veränderungen im Zuge der Industrialisierung war die damit einhergehende Entstehung einer Lohnarbeiterschaft. Die Träger der fiktiven Ware Arbeit waren gezwungen, ihre Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt zu verkaufen, um ihr Überleben zu sichern. Zwar waren Frühformen der Lohnarbeit bereits seit dem Hochmittelalter in bestimmten Berufsgruppen wie dem Bergbau, dem Bau- und Transportgewerbe, dem Textilgewerbe und dem Weinbau zu beobachten, doch mit der Industriellen Revolution wurde lebenslange Lohnarbeit erstmals zum Massenphänomen. Mit dem Vordringen der Lohnarbeit war eine spezifische Form der Prekarität verbunden, die aus dem ständigen Risiko des Einkommensausfalls resultierte (vgl. Castel 2000).

Auf diese mit der Abhängigkeit von Lohnarbeit als Existenzsicherung verbundene Unsicherheit, die in den zeitgenössischen Debatten als Teil der „sozialen Frage“ thematisiert wurde, reagierten die europäischen Industriestaaten mit dem Aufbau staatlicher Systeme der sozialen Sicherung. Die Systeme der sozialen Sicherung gewährten eine arbeitsmarktexterne materielle Absicherung in bestimmten „Lebensabschnitten“ und „Lebenssonderlagen“ (Vobruba 1990: 19). Nach der Einführung staatlicher Pflichtversicherungen gegen Krankheit (1883), Unfall (1884) sowie Invalidität und Alter (1889) im Deutschen Reich entstanden in den folgenden 30 Jahren in den meisten Staaten Nord-, Mittel-, Süd- und Westeuropas vergleichbare Systeme. Diese staatlich regulierten Sicherungssysteme gewährten Lohnersatzleistungen bei Erwerbsunfähigkeit infolge von Krankheit oder Unfall, eine materielle Unterstützung im Alter und bei Arbeitslosigkeit sowie – meist verbunden mit der Alterssicherung – Leistungen an Hinterbliebene.

In Westeuropa ließ sich hinsichtlich der Reihenfolge der Einführung der Versicherungssysteme eine „normaltypische Sequenz“ (Alber 1982: 49) in der Abfolge Unfall – Krankheit – Alter – Arbeitslosigkeit, beobachten. Bereits kurz nach der Jahrhundertwende verfügten alle größeren westeuropäischen Länder über eine Unfallversicherung oder eine vergleichbare Haftpflichtgesetzgebung, und 7 von 12 Ländern hatten eine obligatorische Krankenversicherung eingeführt (vgl. Tab. 1). Alterssicherungen wurden seit Beginn des 20. Jahrhunderts errichtet, meist erfolgte ihr Aufbau jedoch erst in der Zeit nach 1910 und insbesondere in die Zwischenkriegszeit (Ritter 2010: 87). Zuletzt wurde häufig das Risiko der Arbeitslosigkeit sozialpolitisch abgesichert.

Tabelle 1: Entwicklung und Reichweite sozialer Sicherungssysteme in Westeuropa 1890 – 1920 (Versicherte in % aller Berufstätigen)

	Unfall			Krankheit			Alter			Arbeitslosigkeit		
	1890	1905	1920	1890	1905	1920	1890	1905	1920	1890	1905	1920
Belgien	–	28	32	–	8	21	–	23	29	–	–	18
Dänemark	–	15	57	–	40	97	–	–	–	–	–	22
Deutschland	66	69	72	32	41	53	–	51	57	–	–	–
Finnland	–	7	15	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Frankreich	–	13	20	–	13	17	–	8	14	–	0	0
Großbritannien	–	37	80	–	–	73	–	–	–	–	–	20
Italien	–	9	53	6	6	6	–	1	38	–	–	12
Niederlande	–	25	36	–	–	–	–	–	52	–	–	13
Norwegen	–	12	33	–	–	55	–	–	–	–	–	11
Österreich	9	20	32	12	20	39	–	–	5	–	–	34
Schweden	–	17	56	–	21	28	–	–	100	–	–	–
Schweiz	13	17	32	–	–	43	–	–	–	–	–	–

Eigene Darstellung nach Flora 1983: 460f. Berücksichtigt wurden neben Pflichtversicherungen staatlich subventionierte freiwillige Versicherungen, erweiterte Haftpflichtversicherungen und bedarfsabhängige Leistungen.

Die soziale Reichweite dieser ersten Systeme der sozialen Sicherheit war zunächst in vielen Fällen begrenzt. Gerade in den Anfangsjahren erfassten sie

teilweise weniger als 10 Prozent der Berufstätigen (vgl. Tab. 1). Doch bereits in der Anfangsphase war eine stetige Ausweitung der in die Systeme einbezogenen Bevölkerungsgruppen zu beobachten. Diese Entwicklung setzte sich in der Zwischen- und Nachkriegszeit fort.

Ein Großteil dieser staatlichen Sicherungssysteme folgte dem durch die deutsche Gesetzgebung geprägten Modell der beitragsfinanzierten Versicherungen. Im Gegensatz zu Deutschland setzten dabei viele Länder, so etwa Frankreich, Belgien, Italien und die Schweiz, zunächst auf eine staatliche Subventionierung freiwilliger Versicherungen (Alber 1982: 27f.). Erst in der Nachkriegszeit setzten sich Pflichtversicherungen in Ländern übergreifend durch. In einigen Staaten entstanden zudem Systeme, die nicht aus Beiträgen, sondern aus Steuermitteln finanziert wurden, und die sich an alle Staatsbürger richteten. Dieser Ansatz einer universalistischen Sozialpolitik beeinflusste etwa die frühe Sozialgesetzgebung in England und Frankreich. Wesentlich nachhaltiger prägte er jedoch die Sozialpolitik der skandinavischen Länder. Diese Form der staatlichen Gewährleistung sozialer Sicherheit wird heute in Abgrenzung zum „Bismarckschen“ Versicherungsmodell als „Beveridge“-Typ bezeichnet (vgl. z.B. Bonoli 1997). Der Begriff nimmt Bezug auf William H. Beveridge, den Vorsitzenden einer Kommission, die während des Zweiten Weltkriegs in Großbritannien mit der Ausarbeitung von Sozialreformen beauftragt wurde. 1942 legte diese dem britischen Parlament den sogenannten Beveridge-Plan vor, der eine Zusammenfassung aller Versicherungszweige, vor allem jedoch die Ausdehnung der Versicherung auf einen Großteil der Staatsbürger und die Garantie eines einheitlichen Mindesteinkommens vorsah. Kern des Programms war ein staatlicher Gesundheitsdienst, der allen Staatsbürgern unentgeltlich zugänglich sein sollte (vgl. Baldwin 1990a: 116-134; Ritter 2010: 147-151).

Die Entscheidung für beitragsfinanzierte Versicherungen oder eine steuerfinanzierte universalistische Sozialpolitik hing wesentlich davon ab, in welcher Weise die „soziale Frage“ thematisiert wurde. Standen soziale Spannungen und Organisationsbestrebungen lohnabhängig Beschäftigter im Vordergrund, entstand in vielen Fällen eine „lohnarbeitszentrierte Sozialpolitik“ (Vobruba 1990), die den Zugang zu und die Bemessung von Leistungen an ein Lohnarbeitsverhältnis knüpfte. In Ländern hingegen, wo die Vermeidung von Armut im Vordergrund stand, wurde häufig eine staatliche Fürsorge für alle Staatsbürger eingeführt.

Die Entwicklung sozialer Sicherungssysteme seit dem letzten Viertel des 19. Jahrhunderts gilt als „Durchbruch“ in der Entstehungsgeschichte des Wohlfahrtsstaats (Flora/Heidenheimer 1981: 27). Einmal errichtet, boten diese Programme die „Basis für weitere Anforderungen an staatliche Politik“ (Tálos 1981: 429). Nach einer Phase der Konsolidierung in der Zwischenkriegszeit ließ sich in den Nachkriegs-Jahrzehnten die sozialpolitische Bearbeitung weiterer Problem- und Bedarfslagen beobachten. Zudem stieg das Niveau der Lohnersatzleistungen und der Kreis der Bezugsberechtigten wurde erweitert (vgl. Nullmeier/Kaufmann 2010). Parallel dazu etablierte sich eine „Sozialpolitik im weiteren Sinn“, die beispielsweise Maßnahmen im Bereich der Arbeitsmarkt-, Familien- oder Wohnungspolitik umfasste.

All dies ist heute Teil des Wohlfahrtsstaats. Dessen Kern jedoch stellt weiterhin die Absicherung der mit dem Arbeitsleben verbundenen Risiken dar. Dabei hat die heute in Europa zu beobachtende national spezifische Art und Weise der Institutionalisierung gesellschaftlicher Risikoversorge ihren Ursprung in den je eigenen historischen Rahmenbedingungen und Akteurskonstellationen der Konstitutionsphase staatlicher Sozialpolitik (vgl. z.B. Esping-Andersen 1990). In vielen Fällen beeinflussen die in der Frühphase staatlicher Sozialpolitik getroffenen Entscheidungen die Strukturmerkmale nationaler Wohlfahrtsstaaten bis heute.

2.2 Nationsbildung und nationale Identität

Nicht nur die Ursprünge des Wohlfahrtsstaats reichen in das 19. Jahrhundert zurück. Bekannt ist das „lange 19. Jahrhundert“, der Zeitraum zwischen der Französischen Revolution und dem Beginn des Ersten Weltkriegs, als das europäische „Jahrhundert der Nationalstaaten“ (Kocka 2002: § 4). Der gesellschaftliche Prozess der Nationsbildung und die Durchsetzung des Nationalstaats als Modell politischer Ordnung waren zentrale Entwicklungslinien dieser Epoche.

Die Anfänge der Entstehung nationaler Identitäten lassen sich bis in die Frühe Neuzeit zurückverfolgen (vgl. Giesen 1993; Münkler/Grünberger/Mayer 1998). Die Verbreitung nationaler Deutungs- und Identifikationsmuster gewann jedoch insbesondere mit der Französischen Revolution an Dynamik. Der Bedeutungsgehalt des Begriffs „Nation“ unterlag dabei einem Wandel (Brunner/Conze/Koselleck 1992: 321-325). Während der Begriff

zuvor auf diejenigen Bevölkerungsschichten Bezug nahm, die über ein nationales Bewusstsein verfügten, und somit in erster Linie über ständische Gemeinsamkeiten definiert war (Conze 1964: 9f.), erklärte sich nun der Dritte Stand zum Vertreter der Nation und prägte damit die Vorstellung der Nation als Gesamtheit gleichberechtigter Staatsbürger. Von Frankreich ausgehend verbreitete sich im 19. Jahrhundert diese moderne Vorstellung der Nation als „Volksnation“. Die Nation gewann damit als „politisches und kulturelles Deutungsmuster“ (v. Hirschhausen/Leonhard 2001: 11) an Bedeutung. Gesellschaftliche Zusammenhänge wurden vermehrt im Rahmen der Nation gedeutet. So spiegelt etwa die Tatsache, dass sich im Verlauf des 19. Jahrhunderts in der Presse und im politischen Diskurs eine nationale Logik durchsetzte, die „Nationalisierung der Gesellschaft“ wider (vgl. Noiriel 1991: 84-100). Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurde die Nation schließlich als „Normalform von Geschichte und Gesellschaft“ (Giesen 1993: 11) angesehen.

Die Ausbreitung nationaler Identifikationsmuster bildet einen zentralen Untersuchungsgegenstand historischer und sozialwissenschaftlicher Studien (für einen Überblick vgl. Langewiesche 1995; Weichlein 2006). Diese folgen einerseits dem Gedanken, dass die Ausbildung des Nationalbewusstseins im langen 19. Jahrhundert auf einem Wandel *individueller Identifikationsmuster* beruhte. Die Entstehung der Nation ist aus dieser Perspektive bedingt durch „eine steigende Zahl von Einzelnen, die sich als ihre Angehörigen betrachten und sich mit ihr identifizieren“ (Hroch 2005: 235). Die Nation bot dabei einen neuen individuellen Integrationsrahmen für die aus den bisherigen Abhängigkeiten und Bindungen gelösten Individuen (vgl. Bauer 2004: 50-53). Diese subjektive Dimension der nationalen Identität kommt besonders deutlich in der Vorstellung der Nation als Willensgemeinschaft zum Ausdruck. In seinem Vortrag *Qu'est-ce qu'une nation?* aus dem Jahr 1882 beschrieb Ernest Renan die Nation als ein „tägliches Plebiszit“ des Einzelnen, das den Wunsch zum Ausdruck bringt, in einer Gemeinschaft mit anderen zu leben und dieses gemeinsame Leben auch in der Zukunft fortzusetzen (Renan 1993: 308f.). Auch Benedict Andersons (2005) bekannt gewordene Formel von der Nation als *imagined community* nimmt auf die Verankerung der Nation in der Vorstellungswelt des Einzelnen Bezug. Obwohl kein Mitglied der nationalen Gemeinschaft je alle anderen Mitglieder dieser Gemeinschaft kennen wird, ist das Bild von ihrer Gemeinschaft im Denken jedes einzelnen Mitglieds dieser *imaginieren Gemeinschaft* präsent (Anderson 2005: 6).

An diese auf das Individuum konzentrierte Perspektive knüpfen Untersuchungen zu den Trägergruppen nationaler Identifikationsmuster an. Während für die frühe Neuzeit insbesondere der intellektuelle Diskurs als Arena der Nationsbildung gilt (Giesen 1993; Münkler/Grünberger/Mayer 1998), beruhte die Ausbreitung nationaler Identitätsbezüge im 19. Jahrhundert auf einer Vielfalt von Akteursgruppen. Mit Blick auf Mittel- und Osteuropa, wo sich Nationen durch Nationalbewegungen der *non dominant ethnic groups* im Rahmen größerer Staatengebilde konstituieren, unterscheidet insbesondere Miroslav Hroch (1968; 1994; 2005) verschiedene Phasen der Ausbreitung nationaler Identitäten, in denen je unterschiedliche Akteure die Nationsbildung vorantrieben und prägten. In der sogenannten „Gelehrtenphase“, die bei einigen Nationalbewegungen allerdings nur schwach ausgeprägt war, entdeckten Künstler und Intellektuelle die volkstümliche Tradition zunächst wertneutral wieder. In der Agitationsphase, dem eigentlichen Beginn der Nationalbewegung, wurde die Nation von einer Gruppe von Patrioten positiv besetzt, die versuchten, möglichst viele Unterstützer für das moderne Nationalbewusstsein zu gewinnen. Schließlich folgte der Übergang zur abschließenden Phase der Massenbewegung, der in der Regel mit der Forderung nach politischer Autonomie oder Eigenstaatlichkeit verbunden war.

Studien zu den Trägergruppen des Nationalbewusstseins verweisen gleichzeitig auf eine zweite Dimension der Nationsbildung, die sich auf die Nation als Kollektiv konzentriert. Hier geht es um die Nation als Vorstellung einer Gemeinschaft, die durch das Wissen um und die Berufung auf Gemeinsamkeiten zusammengehalten wird. Um dieses Phänomen abzubilden, wird die Nation in den Sozialwissenschaften als eine Form der kollektiven Identität charakterisiert (vgl. z.B. Giesen 1991). Im Vordergrund steht dabei eine kollektive Dimension der kollektiven Identität, die das Selbst-Bild eines Kollektivs beschreibt (vgl. dazu Kaina 2009: 39-42). Diese Dimension des Nationskonzeptes zielt weniger auf einen individuellen Bezugsrahmen als vielmehr auf ein *gesellschaftliches Bezugssystem* ab.

Seitdem in den 1980er-Jahren sozialkonstruktivistische Zugänge in der Nationsforschung an Bedeutung gewonnen haben, widmeten sich Sozial- und Geschichtswissenschaften verstärkt der *Konstruktion* der nationalen Gemeinschaft. Die Art und Weise, wie sich Nationen als Gruppen inszenieren, die Formen ihrer Repräsentation in den Medien, der Wissenschaft und der Kunst, ihre Semantiken und Symbole wurden nun zum Untersuchungsgegenstand (vgl. für einen Überblick Weichlein 2006: 278-306). Im Zuge dessen wurde

Die Territorialisierung sozialer Sicherung
Raum, Identität und Sozialpolitik in der
Habsburgermonarchie

Senghaas, M.

2015, XVI, 259 S., Softcover

ISBN: 978-3-658-08412-7